



**Stellungnahme „Freie Wähler – Bürger für Bürger“
zum Artikel des Personalrates der Gemeinde vom 26.04.2024 im amtl.
Mitteilungsblatt Nr. 17 der Gemeinde Löhnberg „Wir an Lahn und Kallenbach“**

Der Bürgermeister Dr. Frank Schmidt glaubt, dass sich die „Freie Wähler – Bürger für Bürger“ unkorrekt verhalten. Warum spricht er nicht persönlich mit uns? Stattdessen verbreitet er verbale Angriffe in seiner „Hauspostille“, dem Löhnberger Blättchen „Wir an Lahn und Kallenbach“ gegen unsere Fraktion. Insbesondere wird unser Vorsitzender namentlich genannt und beschuldigt.

Wir, und hier beziehen wir alle Mitglieder der „Freie Wähler – Bürger für Bürger“ ein, sind einfach nur noch sprachlos: Was ist gegen Transparenz in der Gemeindepolitik einzuwenden?

Jeder, ob Bürger, Gremienmitglied oder Gemeindebediensteter, hat ein Recht darauf, über alles, was öffentlich und gemeindepolitisch passiert, informiert zu sein. Das betrifft auch Offenheit im Hinblick auf die Finanzlage der Gemeinde Löhnberg! Schließlich bezahlen am Ende alle Bürger die Zeche mit!

Wenn alle Informationen allen zugänglich sind, können konstruktive und zielführende Gespräche geführt werden. Erst dann ist es möglich, nach sinnvollen Lösungen für die Gemeinde zu suchen. Das sollte nicht nur, sondern muss das gemeinsame Ziel aller Beteiligten sein.

Gemeinsam agieren zugunsten aller Löhnberger Bürgerinnen und Bürgern!

In der folgenden Tabelle nehmen wir Bezug zu einigen Äußerungen im Schreiben des Personalrates der Gemeindebediensteten:

Aussagen Personalrat	Stellungnahme „Freie Wähler – Bürger für Bürger“
Die Flut an Anfragen, Anzeigen und Rechtsstreitigkeiten seitens der „Freie Wähler – Bürger für Bürger“ gegen die Gemeinde nimmt überhand.	Bisher erfolgten keine Anzeigen der „Freie Wähler – Bürger für Bürger“. Lediglich stellten wir einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, um Antworten auf unsere Anfragen vom November 2023 zu erhalten. Für die



	Gemeindevertretersitzung im März 2024 summierten sich die Anfragen, da zu den Anfragen vom November 2023 noch Anfragen für die ausgefallene Sitzung vom Januar und die der Gemeindevertretersitzung vom März dazu kamen.
Das gipfelte in einem direkten Anschreiben der Mitarbeiter durch Alexander Pfeiffer, 1. Vorsitzender „Freie Wähler – Bürger für Bürger“.	Es handelte sich hier lediglich um die Weiterleitung eines Schreibens des Regierungspräsidiums Gießen bezüglich der finanziellen Lage von Löhnberg und diente lediglich zur Information.
Diese führen nicht nur zu einer zeitlichen Einschränkung unserer Arbeit für Sie, sondern erzeugen auch ein bedrückendes Gefühl von Angst und Druck unter den Mitarbeitern.	Ein Gefühl von Angst und Druck unter den Mitarbeitern wurde bereits am 15.01.2024 im Artikel vom „Weilburger Tageblatt“ mit angekündigten Sparmaßnahmen erzeugt. Wer als Mitarbeiter dort las, dass „Kosten wie die Gehälter für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde gezahlt werden könnten“, der wurde bereits im Januar unter großen Druck gesetzt und von Angst ergriffen.
Es ist bedauerlich, dass unsere Bemühungen zunehmend infrage gestellt werden, dass die Sinnhaftigkeit von Stellen angezweifelt wird und wir direkt mit Vorwürfen konfrontiert werden.	Nie wurde von Seiten der „Freie Wähler – Bürger für Bürger“ die Sinnhaftigkeit von Stellen infrage gestellt. Das wurde nie kommuniziert, ob mündlich oder in unseren Flyern! Es gab auch noch nie Vorwürfe in Bezug auf die Qualität der Arbeit der Gemeindebediensteten.